

Zittern vor dem neuen Wahlsystem

Die Zürcher Gemeinderatswahl findet 2006 erstmals in neuen Wahlkreisen, nach neuem Wahlsystem und viel früher als üblich statt. Manche sprechen jetzt schon von «Lotterie».

Von Adi Kälin

Zürich. – Der Zürcher Stadtrat ist ein erfolgreiches Gremium, das in guter Stimmung gut zusammenarbeitet. «Fascht e Familii», meinte AL-Gemeinderat Niklaus Scherr in der letzten Ratssitzung. Acht der neun Stadträte treten am 12. Februar wieder an, und es besteht nicht der geringste Zweifel, dass alle nochmals gewählt werden. Ein wenig Spannung gibt es höchstens noch um den neunten Sitz, der nach dem Rücktritt von Monika Weber frei wird. Der CVP-Kandidat Gerold Lauber hat sich in der Zwischenzeit aber schon so geschickt in Position geschoben, dass er sehr gute Chancen hat, das Rennen zu gewinnen – jedenfalls deutlich bessere als SVP-Kandidat Roger Liebi, der von den andern Parteien nicht unterstützt wird.

Umso spannender werden diesmal die Parlamentswahlen sein. Allerdings nicht, weil sich in der Zürcher Parteienlandschaft grosse Umwälzungen andeuten, sondern weil ein neues Wahlsystem und neue Wahlkreise für Überraschungen sorgen könnten. Das neue Wahlsystem ist nötig geworden, weil das Bundesgericht das bisherige Verfahren als ungerecht und undemokratisch abqualifizierte und ultimative neue Bedingungen verlangte. Der Kanton hat daraufhin ein neues Wahlverfahren präsentiert, der Stadtrat hat zusätzlich eine neue Wahlkreiseinteilung vorgeschlagen, und der Gemeinderat hat schliesslich noch eine 5-Prozent-Hürde erfinden, damit nicht jede kleinste Gruppierung ins Parlament einziehen kann. So weit so gut. All dies wurde auch ganz deutlich vom Volk abgesegnet. Trotzdem sorgt jeder einzelne dieser Punkte für Unsicherheit bei den Parteien.

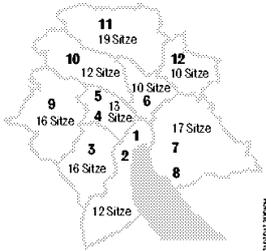
Gemeinderatswahlen 2006

Mögliche Sitzverteilungen

| | nach den Wahlstimmen von 2002 | | | |
|-----------------|-------------------------------|--------------|-------------------------|--------------------------|
| | Resultat 2002 | neues System | ohne Senioren, mit EVP* | ohne Senioren, ohne EVP* |
| SP | 49 | 48 | 48 | 50 |
| SVP | 31 | 27 | 27 | 28 |
| CVP | 20 | 21 | 21 | 22 |
| GLP | 9 | 9 | 9 | 9 |
| AL | 10 | 11 | 11 | 12 |
| Senioren | 3 | 4 | 4 | 4 |
| | 2 | 0 | 5 | 0 |

* EVP und Senioren schaffen evtl. die 5%-Hürde nicht

Neue Wahlkreise (total: 125 Sitze)



Alte Wahlkreise 2002-2006 (total: 125 Sitze)

| | | | | | | | | | | | | |
|-------|---|----|----|---|---|----|----|---|----|----|----|----|
| Kreis | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| Sitze | 2 | 10 | 16 | 9 | 4 | 10 | 12 | 5 | 16 | 12 | 19 | 10 |

Neues Wahlverfahren. Das neue Zürcher Zuteilungsverfahren, das vom deutschen Mathematikprofessor Friedrich Pukelsheim erdacht worden ist, sorgt für eine gerechtere Verteilung der Parlamentssitze. Es funktioniert im Prinzip so, dass zunächst der Sitzanspruch jeder Partei fürs ganze Stadtgebiet errechnet wird. In einem zweiten Schritt werden dann die Sitze auf die Wahlkreise verteilt. Die grössten Ungerechtigkeiten sind damit beseitigt: Die SVP kann nicht mehr – wie im Jahr 2002 – mit einem Wähleranteil von nur gerade 18,5 Prozent fast 25 Prozent aller Sitze erobern. Nimmt man die Resultate der letzten Wahlen und rechnet sie mit dem neuen System durch, verliert denn auch die SVP am meisten (siehe Grafik).

Neue Wahlkreise. Weniger Einfluss auf den Wahlausgang hat die Zusammenlegung von sechs Kleinwahlkreisen zu drei grösseren. Das Hauptproblem ist,

dass sich die bisherigen Kreisparteien bei der Aufstellung der Kandidaten zusammenraufen müssen. Dafür haben sie bis 6. Dezember Zeit, wie der Ausschreibung im «Tagblatt» vom Freitag zu entnehmen ist. Dort wird den Parteien auch vorgeschrieben, dass sie die Liste in einem demokratischen Verfahren zusammenstellen müssen. Laut Auskunft von Daniel Reuter, dem Leiter Abstimmungen und Wahlen in der Zürcher Stadtwahlverwaltung, werden die neuen Kreise auch für Abstimmungen gelten – erstmals bereits am 25. September. Wenig begeistert sind davon die statistischen Ämter in Stadt und Kanton, weil sie die Abstimmungsergebnisse nicht mehr auf die Stadtkreise umrechnen und langjährige statistische Reihen nicht mehr fortgesetzt werden können.

Sperklausel/Listenverbindung. Das grösste Problem, vor allem für kleine Parteien, ist aber die neue 5-Prozent-Hürde.

Eine Partei muss in einem der neun Wahlkreise mindestens 5 Prozent der Stimmen machen, sonst wird sie gar nicht zur Verteilung der Sitze zugelassen. Das hat zur Folge, dass die EVP ihre beiden Sitze verliert und nicht mehr im Rat vertreten wäre. Sie machte zwar im Jahr 2002 in allen Kreisen Stimmen, nirgends aber mehr als 4,5 Prozent. Hingegen könnte – jedenfalls mit den Ergebnissen der letzten Wahlen – die Seniorenliste deutlich zulegen. Je nachdem, wer diese Hürde meistert, verändert sich natürlich die Sitzverteilung an die verbleibenden Parteien (siehe Grafik). Erschwerend kommt hinzu, dass erstmals keine Listenverbindungen mehr zugelassen sind. Mit diesem System konnten früher kleine Parteien ihre Stimmen für die Sitzverteilung zusammenrechnen lassen und gemeinsam profitieren. Jetzt ist es nur noch möglich, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Die EVP wird deshalb den Kandidaten der EDU Gastrecht auf ihrer Liste gewährleisten. In der Hoffnung, die Wähleranteile beider Parteien würden sich addieren. Ähnliches planen die Grünen mit den CSP-Kandidaten.

Eidgenössische Abstimmung. Eine weitere Unsicherheit ergibt sich aus dem Wahldatum. Erstmals seit Jahrzehnten finden nämlich am Wahltag auch eidgenössische Abstimmungen statt. Nun weiss man, dass Vorlagen des Bundes zu einer im Schnitt um 15 Prozentpunkte höheren Stimmbeteiligung führen. Dieser Mobilisierungseffekt wird natürlich die Wahlergebnisse beeinflussen. In der letzten Sitzung des Gemeinderats sprach Niklaus Scherr gar von einer «Lotterie». Ob allerdings eine höhere Wahlbeteiligung eher den Linken oder den Rechten nützt, ist umstritten. Das hängt wohl von den Abstimmungsthemen ab, die aber noch nicht bekannt sind. Es könnte gut ein Thema sein, das so umstritten ist wie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, über die Ende September abgestimmt wird. Dies ist eine Vorstellung, die Politikern auf der linken wie auf der rechten Seite etwelches Bauchgrimmen verursacht.

Bleischaden bei Raserunfall

Zürich. – Wegen eines Überholmanövers ist es am Freitag auf der Hänggstrasse zu einem Verkehrsunfall gekommen, in dem vier Fahrzeuge verwickelt waren.

Drei Autos fuhren um 19.45 Uhr mit hoher Geschwindigkeit Richtung Regensdorf. Bei der Stadtgrenze wollte der hinterste Fahrzeuglenker, ein 25-jähriger Mazedonier, überholen. Er überfuhr die Sicherheitslinie und preschte vor. Doch er nahm Gegenverkehr wahr und zwangte sich wieder auf seine Fahrspur zurück. Dort kollidierte er mit dem von einem 40-jährigen Schweizer gelenkten Auto. Dieses geriet auf die linke Fahrbahn und stiess in einen korrekt entgegenkommenden Lastwagen, der von einem 29-jährigen Schweizer gelenkt wurde. Das Auto des Mazedoniers geriet von der Fahrbahn ab, kollidierte mit einem Kandelaber und blieb schliesslich etwa 20 Meter weit draussen in einer Wiese stehen. Das vordere, von einem anderen 25-jährigen Mazedonier gesteuerte Auto wurde nicht in den Unfall verwickelt.

Wie die Kantonspolizei am Samstag mitteilte, entstand an den drei beteiligten Autos grosser Bleischaden. Die beteiligten Personen blieben alle unverletzt. (sch)

STADT ZÜRICH

Turina klagt

Hierzichung Marko Turino klagt gegen die «NZZ am Sonntag». Dies meldete gestern die «SonntagsZeitung». Die «NZZ am Sonntag» hatte im Juni gemeldet, Turina, der ehemalige Klinikdirektor des Universitätsklinikums, habe bei Patientin Rosmarie Voser letztes Jahr absichtlich ein Herz der falschen Blutgruppe eingesetzt – ein Eingriff, der zum Tod der Patientin geführt habe. Laut seinem Rechtsvertreter wird Turina eine Ehrverletzungsklage gegen den Autor des Artikels einreichen. (sch)

Kispi-Ball ausverkauft

Zur Eröffnung der Zürcher Ballsaalsonn gibt's am 22. Oktober eine Premiere, den ersten Kispi-Ball zu Gunsten des Zürcher Kinderspitals. Nach vier Wochen sei der Event im Hotel Baur au Lac bereits ausverkauft, haben die Organisatoren gemeldet. Erwartet werden über 500 Gäste, der Erlös soll gegen 200 000 Franken betragen, die für einen Lokomaten eingesetzt würden. Das ist ein robotergesteuertes Rehabilitationsgerät, womit Kinder auf natürliche Art das Gehen trainieren und wieder erlernen können. (mgm)

«Sextäter hätte weitergemacht»

Zürich. – Der am 19. August verhaftete Pakistaner, der vier Frauen vergewaltigte und vier Frauen zu vergewaltigen versuchte (TA vom Freitag), hat seine Opfer mit einem Küchenmesser bedroht, sie aber nicht geschlagen. Dass der Mann verhaftet werden konnte, war einer aufmerksamen zivilen Polizeipatrouille zu verdanken. Da der Mann seine Taten vor allem in den Stadtkreisen 3 und 4 verübte, habe man die Patrouillen massiv verstärkt. «Einer der Beamten erkannte den Täter dank dem Phantombild», sagt Peter Rüeegger, Chef Ermittlungen der Stadtpolizei. Der Mann sei zudem aufgefallen, weil er barfuss unterwegs war – dies war er auch in einzel-

nen Fällen am Tatort. Parallel zu den Patrouillen hat die Stadtpolizei systematisch Restaurants kontrolliert. Ein Opfer konnte den Täter nämlich in ein längeres Gespräch verwickeln. Dabei sagte ihr der Mann, dass er in einem Restaurant arbeite. «Danach haben wir rund 150 Gastbetriebe überprüft», sagt Rüeegger. Die Taten ereigneten sich zwischen dem 27. Mai und dem 12. August. Am Ende sei es zu einer Häufung der Sextattaten gekommen. «Wir gehen davon aus, dass der Mann weitergemacht hätte, wenn wir ihn nicht erwisch hätten», ist Rüeegger überzeugt. Der Mann habe ansatzweise ein Geständnis abgelegt. (hoh)

Volk entscheidet über den Kreisel

Illnau-Effretikon. – Mit hauchdünner Mehrheit hatte das Stadtparlament letzte Woche beschlossen, am Wattspitz an der Illnauerstrasse einen Verkehrskreisel bauen zu lassen. Kostenpunkt 500 000 Franken. Die Stadt muss an das Projekt 100 000 Franken beisteuern. Weil der Stadtrat aber im Interesse der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Wattspitz einen Kreisel bauen möchte, müsste die Stadt die Kosten dafür selber tragen. Im Parlament setzte es dazu eine lange Debatte ab. SP, Grüne, EVP und CVP waren dafür, die SVP strikt dagegen. Schwer tat sich die FDP-Fraktion. Eigentlich wollte ein Teil ihrer Mitglieder den Kreisel. Aus Gründen

der Politmoral aber stimmte sie dagegen. Vor zwei Jahren nämlich hatte die FDP mit einer dringlichen Motion eine Volksabstimmung zum gleichen Thema gestoppt. Damals hatte man die SVP mit dem Versprechen geködert, es werde eine neue Strassenvorlage ohne Kreisel geben. Mit 1645 Stimmen bei einer Enthaltung entschied sich der Rat in geheimer Abstimmung jetzt aber für das Sanierungsprojekt mit dem Kreisel. Die SVP-Fraktion will das Behördenreferendum ergreifen. Sie braucht dazu mindestens eine Stimme der FDP. Misslingt ihr das, so wird sie 50 Unterschriften sammeln. So wird wohl das Volk das letzte Wort haben. (hzi)

SERVICE PUBLIC

Gurken und Bohnen

Von Miklós Gimes

Gestern zum Nachtessen assen wir Bohnen, frische Bohnen aus dem Garten, mit Lammfleisch – unschlagbar. Morgen gibts Teigwaren an Zucchettisauce, die Zucchetti schmecken wunderbar, wenn sie das Olivenöl aufgesaugt haben und mit dem Tomatensugo verührt werden. Sie müssen allerdings gartenfrisch sein, gross und unförmig, wie sie halt aus dem Boden herauswachsen. Wie die klobigen Gurken, die wir letztlich zum Picknick aufs Butterbrot geschneizelt haben. Unbeschreiblich Besser als ein Cucumber-Sandwich in Wimbledon, aber sicher.

Wenn Sie sich wundern, woher ich das Gemüse habe – nein, einen Schrebergarten betreibe ich nicht. Ich habe auch keinen Bauern in der Familie, war nie auf der Alp, bin nicht bei einem Biogemüsedienst abonniert. Im Gegenteil, ich erhalte das Gemüse praktisch gratis, meistens am Dienstagabend wird der Vorrat aufgefüllt. Dann näm-

lich kommt meine Tochter aus dem Schülergarten mit prall gefüllten Papiersäcken, die sie kaum zu tragen vermag.

Kürzlich habe ich sie dort abgeholt, und es war eine verkehrte Welt, denn sie war es, die mir die Natur erklärt hat, als sie vor ihrem Beet stand. Zucchetti und Krautstiefel habe ich erkannt, aber dass Gurkenstauden hoch in den Himmel wachsen wie die Sonnenblumen am Ende ihres Beetes, das habe ich nicht gewusst. «Bevor ihr nach Hause geht, müsst ihr noch sticheln», sagte die Leiterin, «weisst du noch, was sticheln heisst?», fragte sie das Mädchen aus Portugal, das hinter den Sonnenblumen dem südamerikanischen Garten nach dem eine Telenovela vorspielte. Das Mädchen nickte und holte sich die Gartenforken, um die trockene Erde umzustechen. Ich stand unter den rund zwanzig Kindern, die ihrer Arbeit nachgingen, und war gerührt.

Gegründet wurde die «Gesellschaft für Schülergarten» im Jahre 1991 von einem Pfarrer Bosshard, um die «Jugend unserer Stadt von Müsiggang und Verwahrlosung fern zu halten», erzählte mir Josef Studhalter, Präsident des Vereins, und lachte leise. Der erste Schülergarten war ein Geschenk eines Oberrichters, allerdings unter der Bedingung, dass seine Tochter Charlotte mitmachen dürfe. Darum sind die Schülergarten seit den Anfängen geschlechtlich gemischt. Den Charlottengarten beim Schulhaus Bühl in Wiedikon gibt es übrigens immer noch; die restlichen der 22 Schülergärten befinden sich aus geografischen und historischen Gründen meist in Ausenquartieren der Stadt, im Seefeld zum Beispiel hat es keinen. Für einmal sind die Kinder sozial schwacher Quartiere privilegiert.

Bis in die Achtzigerjahre gehörte die Gartenarbeit zum

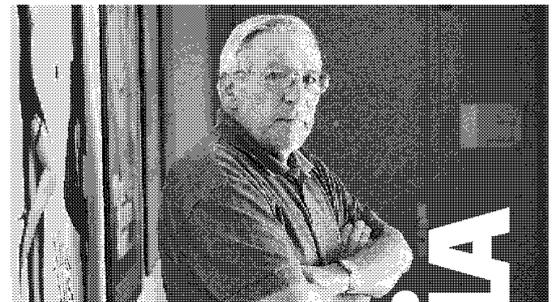
Schulstoff der Oberschule. Mit der Oberstufenreform wurden aber viele Gärten von den Lehrern aufgegeben, was die Arbeit der Gesellschaft für Schülergarten aufgewertet hat. Sie ist heute die einzige Institution, die den erzieherischen Wert der Gartenarbeit hochhält. Eine pädagogische Mission, die im Trend liegt: Die Zahl der Kinder, die sich für die Schülergärten anmelden, steigt Jahr für Jahr, oft müssen Anmeldungen zurückgestellt werden. Vor zwei Jahren hat auch das Schulamt den Trend erkannt und die Subventionen für die Schülergarten-Gesellschaft erhöht. Doch noch immer arbeiten die Leiterinnen praktisch auf freiwilliger Basis, sagt Präsident Studhalter, der Stundenlohn betrage etwa vier Franken.

Die Kinder übrigens zahlen 80 Franken pro Saison. Eine Investition, die sich lohnt, wenn ich an mein wöchentliches Gemüse denke, die Bohnen, die Zucchetti, die Gurken. Alles Bio selbstverständlich.

servicepublic
@tages-anzeiger.ch

REKLAME

NU129-1



Am 25. September stimmt Peter Stelger

Unia, Postfach, 3000 Bern 15